

72-49.08.1996

Hort nicht vom Tisch?

SPD Nackenheim fordert Rückkehr zum alten Konzept

Im NACKENHEIM – Aktuelle ortspolitische Themen standen in der jüngster Mitgliederversammlung des Nackenheimer SPD-Ortsvereins im Mittelpunkt der regen Aussprachen. So wollten die Mütter der Hort-Elterninitiative wissen, warum kein Kinderhort in der Gemeinde eingerichtet werden konnte, obwohl der Bedarf durchaus vorhanden war, und auch die Kreisverwaltung für einen vorübergehenden Antrag „grünes Licht“ gab, ja sogar einen Zuschuß zu der Horteinrichtung geben wollte. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Ortsgemeinderat, Michael Mogk, sieht in diesem Zusammenhang die Bemühungen von VG-Chef Gerhard Krämer für gescheitert, eine Grundschülerbetreuung einzurichten. Die Kosten von 400 Mark monatlich pro Kind seien utopisch. Zu teuer sei auch die von Krämer geplante Grundschülerbetreuung nach dem Unterricht bis 14.15 Uhr für 200 Mark. Mogk schlug vor, zum Konzept des Kinderhortes zurückzukehren, da es von vielen Eltern gewünscht wurde. Nicht richtig sei die Aussage Krämers, daß bei der Bezuschussung eines Nackenheimer Kinderhortes andere Gemeinden keine Mittel mehr erhalten

würden. Jeder Ort in der VG könne bei einer Antragstellung mit Zuschüssen rechnen, allerdings nicht mehr für 1996.

Einer Meinung seien die Sozialdemokraten mit den Anwohnern der Adam-Winkler-Straße, die von der Weinbergstraße aus in die Weinberge führt und deren Fahrbahndecke die Gemeinde sanieren will. In den Zeiten knapper Geldmittel dürfe die Gemeinde die Bürger nicht unnötig zur Kasse bitten. Der Unterbau der Adam-Winkler-Straße sei gut und die dortigen Häuser alle an das Kanalnetz angeschlossen. Mogk meinte, ein Asphaltüberzug würde ausreichen. Die Rückzahlung von 2,5 Millionen Mark für die Tiefendrainage im Rudelheck bedauerte der SPD-Vorsitzende Werner Schmitt. Die Rückzahlung habe sich als Folge der falschen Anwendung des Bundesbaugesetzes ergeben und belaste die finanzielle Lage der Gemeinde erheblich. Die Gemeinde treffe keine Schuld, da sie 1976 alle Maßnahmen durch ein Fachbüro habe prüfen lassen. Die Frage nach den Mitverantwortlichen müsse allerdings gestattet sein und von der Verbandsgemeinde sowie der Aufsichtsbehörde geprüft werden.